FileNr:37|id:53G6-3T01-JBK9-24XB|date:2011-08-04|source:Welt|title:"Am Ende werden Schauprozesse stehen"; Ungarns Premier Orbán will seine Vorgänger nachträglich wegen hoher Verschuldung des Landes bestrafen lassen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Belgrad Zwei Jahre sass Gyoergy Bárándy im sozialistischen Ungarn Anfang der 50er-Jahre im Gefaengnis. Drei Jahre lang schleppte der mit einem Berufsverbot belegte Jurist zentnerschwere Kartoffelsaecke ueber die Maerkte, um sich und seiner Familie das Ueberleben zu sichern. Heute gilt der fruehere Regimegegner trotz seines hohen Alters von 90 Jahren noch immer als einer der renommiertesten Juristen des Landes. Doch bei den neuesten Plaenen der Regierung des nationalpopulistischen Premiers Viktor Orbán fuehlt sich der konservative Ex-Dissident an die bleierne Zeit des laengst ueberwundenen Totalitarismus erinnert.

Auf dem Pfad der politischen Prozesse gelange man auf die Strasse, "an deren Ende die Schauprozesse stehen", warnte Bárándy kuerzlich in einem Interview mit dem TV-Sender ATV. Das Prinzip, sich erst diejenigen auszuwaehlen, die es zu bestrafen gelte, und dann zu versuchen, sich dafuer eine Rechtsgrundlage zu schaffen, widerspreche der Rechtsstaatlichkeit - und sei dem "zivilisierten Denken zutiefst fremd". Es geht um Orbáns angekuendigte Abrechnung mit seinen Vorgaengern, die bei dem betagten Juristen die Warnglocke schrillen laesst. Seit einem guten Jahr sitzt Ungarns umtriebiger Premierminister nun schon im Amt und hat bei der Verwirklichung seiner gelobten "Revolution" keine Zeit verloren. Trotz broeckelnder Umfragewerte setzt der Regierungschef nun zur Generalabrechnung mit seinen sozialistischen Rivalen an: Notfalls mit neuen, rueckwirkend geltenden Gesetzen will Orbán drei seiner Vorgaenger wegen der hohen Staatsverschuldung vor Gericht und moeglichst hinter Gitter bringen. Ungarns hohe Staatsverschuldung sei ein "politisches Verbrechen", das den von 2002 bis 2010 regierenden Sozialisten und Liberalen anzulasten sei, so Orbáns Sprecher Péter Szijjartó. Der Parlamentsausschuss fuer Verfassungsfragen solle nun ueberpruefen, ob und wie die Verantwortlichen dafuer zur Rechenschaft gezogen werden koennten: Falls das nicht moeglich sei, werde Fidesz "die notwendigen Massnahmen" ergreifen. Unter sozialliberaler Aegide war Ungarns Staatsverschuldung innerhalb von acht Jahren bis 2010 von 53 auf 80 Prozent gestiegen. Notfalls mit der Verabschiedung neuer Gesetze will Fidesz den in die Opposition verbannten Kontrahenten nun ans Leder gehen. Sollte die Neuverschuldung dank Fidesz tatsaechlich rueckwirkend zur Straftat werden, koennten sich gleich drei fruehere Regierungschefs auf der Anklagebank wiederfinden: die Sozialisten Péter Medgyessy (2002-2004) und Ferenc Gyurcsány (2004-2009) sowie der parteilose Gordon Bajnai (2009-2010) samt ihrer jeweiligen Finanzminister. Die parlamentarische Zweidrittelmehrheit seiner Fidesz-Partei hat Orbán schon viel Undenkbares moeglich gemacht: Mit harter Hand hat der machtbewusste Polterpatriot die Medien ans Gaengelband genommen, den Staatsapparat von moeglichen Gegnern gesaeubert, eine neue Verfassung durchs Parlament gepeitscht, das Verfassungsgericht entmachtet und seine Gefolgsleute auf alle Schluesselpositionen des Staates verteilt. Juristen zweifeln zwar die Rechtsstaatlichkeit rueckwaertig gueltiger Gesetze an. Doch fraglich ist, wer Orbán bei seinem Versuch der totalen Machtuebernahme noch stoppen kann. Die Interventionsmoeglichkeiten von Ungarns Verfassungsgericht hat Fidesz bereits merklich begrenzt. Dank der Erhoehung der Zahl der Verfassungsrichter von neun auf 15 und der Absenkung der Altersgrenze kann Fidesz die Zusammensetzung von Ungarns Hoechstem Gerichtshof ganz nach Belieben durch die Ernennung linientreuer Gefolgsleute bestimmen. Die Zulassung von Verfassungsklagen hat das von Fidesz dominierte Parlament mit der neuen, ab 1. Januar gueltigen Verfassung spuerbar eingeschraenkt. Die bislang vier Ombudsmaenner sind mit einer Reorganisation an die Leine der Regierung genommen. Zwar werden in der internationalen Arena bereits erste Stimmen nach EU-Sanktionen laut. Doch nicht nur Orbáns starker Rueckhalt bei den Schwesterparteien der konservativen EVP-Familie und die europaweit zunehmende Zahl populistischer Heilsbringer auf den Regierungsbaenken macht diese nur wenig wahrscheinlich. Die keineswegs ermutigenden Erfahrungen bei der EU-Sanktionspremiere vor elf Jahren gegen den Regierungseintritt von Oesterreichs verstorbenem Populisten Joerg Haider oder Bruessels kritikloser Umgang mit Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi sprechen genauso gegen einen EU-Bannstrahl wie die hohen formalen Huerden: Nur bei Zustimmung von vier Fuenftel der Mitgliedsstaaten und des Europaparlaments koennen die Stimmrechte eines EU-Mitglieds bei schwerwiegender Verletzung der europaeischen Grundwerte zeitweise ausgesetzt werden. So wird man auf Appelle aus Bruessel vergeblich warten. Mutiger zeigt sich da die US-Regierung. "Es ist nicht erlaubt, dass (in Ungarn) das System eine oder eine andere Partei favorisiert", schrieb die US-Botschafterin in Budapest, Eleni Tsakopoulos Kounalakis, in einem Gastbeitrag fuer die regierungstreue ungarische Tageszeitung "Magyar Nemzet". Die parlamentarische Zweidrittelmehrheit, ueber die Ungarns rechtsnationale Regierungspartei Fidesz verfuegt, koenne dazu fuehren, dass "die Gewaltenteilung hinweggefegt wird". "Die Mehrheit der Fidesz-Partei koennte die Gewaltenteilung hinwegfegen" Eleni Tsakopoulos Kounalakis, US-Botschafterin in Budapest...